

Für die Rückerstattung

Landwirte und BBV protestieren gegen die Streichung der Rückvergütung von Agrardiesel durch die Ampelkoalition – MdB Erhard Grundl will Anliegen mit nach Berlin nehmen

Straubing-Bogen. (eam) „Wenn die Ampel die Streichung nicht zurücknimmt, dann werden die Landwirte nicht zu halten sein,“ machte BBV-Kreisobmann Franz Schreyer bei der Protestkundgebung vor dem Gasthaus Karpfinger in Aiterhofen am Dienstagmittag deutlich. MdB Erhard Grundl (Die Grünen) als Mitglied der Ampelkoalition stellte sich den zahlreichen Landwirtinnen und Landwirten, konnte aber nichts versprechen, außer das dringende Anliegen mit nach Berlin zu nehmen. Die emotionalen Wortmeldungen ließen den Frust und auch die Zukunftsängste der Landwirtschaftsfamilien deutlich erkennen.

Die Landwirte bereiteten MdB Erhard Grundl und MdB Alois Rainer (CSU) einen ruhigen Empfang, die Transparente „Ampel ruiniert Landwirte – nicht mit uns“ oder „Ampel – Totengräber der Landwirtschaft“, sprachen für sich. Kreisobmann Schreyer bat Erhard Grundl als Mitglied der Ampelkoalition und Alois Rainer von der Opposition, die Anliegen der Landwirtschaft mit nach Berlin zu nehmen. Neben der Streichung der Agrardieselrückvergütung stehe auch der Wegfall der Steuerbefreiung für Schlepper auf der Kippe, außerdem sei die nächste Erhöhung der CO₂-Steuer beschlossen, listete Schreyer auf.

„Die Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand“

„Die Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand, die geplanten Streichungen sind zu viel.“ Wenn Landwirte auf die Straße gehen, dann wollen sie nicht mehr Geld, sondern das Bisherige behalten, sagte Kreisobmann Franz Schreyer und berichtete vom großen Zuspruch aus der Bevölkerung. Er erkannte an, dass sich MdB Erhard Grundl der Diskussion stelle, während von SPD



Viele Landwirte waren gekommen, um ihrem Ärger Luft zu machen und gegen die Streichung der Rückvergütung zu demonstrieren.

Foto: Elisabeth Ammer

und FDP sich keine Abgeordneten gemeldet haben.

Der Weizendeal mit der Ukraine von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir koste die deutschen Landwirte pro Doppelzentner Weizen zehn Euro weniger Erlös. „Wir sehen uns von der Regierung im Stich gelassen,“ wies Franz Schreyer nachdrücklich hin. Die Südzucker sehe sich ebenfalls den Markteinflüssen, unter anderem aus der Ukraine ausgesetzt, machte Benjamin Kirchberger von Südzucker deutlich. Für die Landwirte bedeuten die Pläne enorme Kostensteigerungen, die man nicht weitergeben könne, wies Franz Lehner, Aufsichtsrat der Südstärke hin, da man auf europäischen Märkten agiere. Die geplante Streichung der KFZ-Steuerbefreiung für Schlepper, die darauf basiert, dass sie überwiegend auf Feldern und Wiesen und nicht auf Straßen fahren, werden seinem Betrieb zwischen 8000 und 10000 Euro kosten, schätzt Lehner. Die Pläne der Ampel seien mehr als der Tropfen, der das Fass zum Über-

laufen bringt, das sei ein Dammbruch, macht Franz Lehner deutlich.

Schuldenbremse macht Einsparungen nötig

Kreis- und Bezirksbäuerin Claudia Erndl verwies auf den enormen Zusammenhalt, den die Landwirte gezeigt hätten. Die Äußerung von Cem Özdemir am Montag in Berlin, „die Landwirte wüssten ja, auf was sie sich einlassen“, habe sie sehr erschüttert. Hier seien Existenzen bedroht. „Herr Grundl, bitte setzen Sie sich für die Landwirtschaft ein“, richtete sie einen Appell an den MdB.

Er sehe es als seine Aufgabe, sich für die Bevölkerung, aber eben für die gesamte Bevölkerung einzusetzen, machte Erhard Grundl deutlich. Er verwies auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Einsparung von 17 Milliarden Euro erfordert. Er gab zu, dass es ein großer Fehler war, dass die Folgen für die Landwirtschaft nicht in

vollem Umfang bedacht wurden. Aber alles koste Geld, man befinde sich in einem Transformationsprozess, wies der Abgeordnete hin, aber man sei nicht in der Lage, die Schuldenbremse aufzuheben.

Da ihm die heimische Ernährungssicherung wichtig sei, versprach er, sich für die Landwirtschaft einzusetzen. Auf die Zwischenfrage, wie die Lösung aussehen könne, hatte Grundl keine konkrete Antwort parat.

Für ihn sei es sehr wichtig, „gegen diesen Schmarrn Stellung zu nehmen“, sagte MdB Alois Rainer. Die Landwirtschaft wurde – auch unter Unionsregierung – in den letzten Jahren zu vielem gezwungen, aber die Einsparung von einer Milliarde Euro in der Landwirtschaft „ist richtig viel“. Er hätte einen Gegenvorschlag, wollte aber nicht falsch verstanden werden, auch ihm liege das Wohl der Kinder am Herzen. Die neue Kindergrundsicherung erfordere 5000 neue Stellen, dies mache bei 60000 Euro Kosten pro Mitarbeiter, rund 300 Millionen

Euro aus. Würde man noch 200000 Menschen aus dem Bürgergeld in Arbeit bringen, hätte der Bund weitere 600 Millionen Euro zur Verfügung, „man hätte eine knappe Milliarde schon zusammen“, wie Alois Rainer aufzählte.

Die Aufhebung der Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge basiere auf einem einstimmigen Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses, dem alle Parteien angehören, wies Grundl hin. Er könne den Landwirten nichts Konkretes versprechen, Veränderungen werden kommen, im Übrigen sei das Land schon länger auf Verschleiß gefahren worden, so Erhard Grundl und stellte sich den Wortmeldungen und Fragen.

Von „uns steht das Wasser bis zum Hals,“ bis zu „beim Wichtigsten, was der Mensch braucht, fangt ihr mit Kürzungen an,“ gab es viele emotionale Wortmeldungen, es wurde auch angeprangert, dass Flugbenzin nicht besteuert werde und das Bürgergeld für einen Anreiz zu arbeiten zu hoch sei.